

ERHARD CROME

Welttrends. Institut für Internationale Politik, Berlin

DOI : 10.14746/rie.2019.13.6

Für eine neue Entspannungspolitik!¹

Das Ende des Kalten Krieges brachte keine Ära des Friedens, wie 1989/1990 vielfach erhofft, sondern ein neues Zeitalter der Intervention und imperialer Kriege. Die USA und ihre Verbündeten haben Krieg wieder zu einem „normalen“ Mittel der Politik gemacht. Globalisierung und Krieg sind zwei Seiten einer Medaille. Die „Neue Weltordnung“, die Präsident Bush Sen. Anfang der 1990er Jahre postulierte, zielte auf die Verfügung über Rohstoffe, vor allem über Erdöl und Erdgas, und die Kontrolle strategischer Räume. Mit den Kriegen gegen Jugoslawien, Afghanistan, Irak, Libyen und Syrien wurde diese Linie fortgesetzt. Nach dem Scheitern des Westens in Irak und Afghanistan hatte US-Präsident Barack Obama auf eine Effektivierung der Kriegsführungsfähigkeit der USA gesetzt, ohne jedoch strategische Ziele erreichen zu können. Präsident Donald Trump erklärte den Verzicht auf „Regime Change“-Kriege; die qualitative Aufrüstung wird jedoch fortgesetzt und die strategische Ausrichtung verstärkt gegen Russland und China konzentriert.

I.

Im Jahre 2017 betrug die weltweiten Rüstungsausgaben lt. Friedensforschungsinstitut SIPRI 1739 Milliarden US-Dollar. Das sind erneut mehr als im Vorjahr, der Anstieg lag bei 1,1 Prozent, und deutlich mehr, als am Ende des Kalten Krieges: 1989 wurden weltweit etwa 1400 Milliarden US-Dollar für die Rüstung ausgegeben. An der Spitze wieder die USA mit 610 Milliarden US-Dollar – in diesen Zahlen war die Erhöhung des Rüstungsbudgets der USA für das Folgejahr auf 716 Milliarden US-Dollar noch nicht einmal enthalten. Auf Platz zwei China mit 228 Milliarden US-Dollar, gefolgt von dem kriegsführenden Saudi-Arabien mit einer Steigerung um 9,2 Prozent gegenüber dem Vorjahr auf 69,4 Milliarden US-Dollar. Russland hat ein Fünftel weniger als im Vorjahr ausgegeben und liegt mit 66,3 Milliarden US-Dollar auf dem vierten Platz. (*SIPRI Yearbook 2018*). Deutschland schlägt in der SIPRI-Liste mit 44,3 Milliarden US-Dollar (36,7 Milliarden Euro) zu Buche und rangiert auf einem 9. Platz. Die 29 NATO-Staaten haben zusammen 881 Milliarden US-Dollar für das Militär ausgegeben. Das ist mehr als das Dreizehnfache Russlands, das von NATO-Protagonisten als große Gefahr an die Wand gemalt wird.

Die Fragen von Krieg und Frieden haben nach dem Ende des Kalten Krieges nicht an Relevanz verloren, sondern wieder an Bedeutung gewonnen. Dabei geht es erstens

¹ Beitrag zur Internationalen Konferenz: Neue Dimensionen der europäischen Sicherheit im 21. Jahrhundert. Militärpolitische, wirtschaftliche und soziale Aspekte, Poznań, am 18. Oktober 2018.

um die Frage der Bedingungen für den Weltfrieden, der als Begriff nur Sinn erhält als Gegensatz zum Weltkrieg. Die tektonischen Verschiebungen der weltwirtschaftlichen Schwerkraftverhältnisse aus der nordatlantischen „Welt des Weißen Mannes“ nach Asien haben die Frage nach dem Weltkrieg bzw. nach den Bedingungen für die Aufrechterhaltung des Weltfriedens wieder aufgeworfen. Der Historiker Timothy Garton Ash verglich die Welt Anfang des 21. Jahrhunderts mit der vor 1914, nur dass die Hauptakteure jetzt nicht Großbritannien, Deutschland, Frankreich, Russland und die USA sind, sondern die USA, China, die Europäische Union, Russland und Indien (Ash, 2005, p. 11). Mit dieser Verschiebung ist nicht nur das Scheitern des US-amerikanischen Unilateralismus und eine Relativierung des weltwirtschaftlichen und weltpolitischen Gewichts der USA, sondern auch der Europäischen Union und insgesamt Europas verbunden. In Europa steht das Thema Frieden und Sicherheit ebenfalls auf der politischen Tagesordnung, und zwar in dem ganz ursprünglichen Sinne klassischer Außen- und Sicherheitspolitik.

Zweitens ist der Zustand des Weltfriedens, wie wir ihn gegenwärtig zu verzeichnen haben, kein Zustand weltweiten Friedens, sondern einer unterschiedlichen Verteilung von friedlichen und kriegerischen oder bewaffneten Konfliktzuständen in der Welt. Hier stellen sich die Fragen der Konflikt- und Kriegsverhütung, der Konfliktursachen, der Konfliktprävention und zivilen Konfliktbearbeitung und -lösung ebenfalls unter neuen Bedingungen. Diese Konflikte sind überwiegend nicht zwischenstaatliche Konflikte, sondern entstammen Bürgerkriegssituationen, die Armut, Hunger, Staatszerfall, Kampf um Rohstoffe für die Industriestaaten sowie Klimawandel und andere globale Probleme zum Ausgangspunkt haben. Das Wechselverhältnis von Frieden und Sicherheit einerseits sowie Frieden und Entwicklung andererseits stellt sich neu dar.

Das Ende des Kalten Krieges führte drittens nicht zu einem sicheren Frieden und zu weniger Konflikten, wie 1990 – voller Illusionen angesichts des Endes der Blockkonfrontation – viele hofften. Die USA und Westeuropa erwarteten mit ihrem „Sieg über den Kommunismus“ globale Dominanz. Doch sie währte nur kurz. Die Probleme, Konflikte und sozialen Verwerfungen, oft im Gefolge der neoliberalen Durchkapitalisierung der Welt, sind immer weniger beherrschbar. Die bevorzugte Antwort darauf war Krieg. Aber diese Kriege (Irak, Afghanistan, Libyen) brachten nicht den erhofften Erfolg und führten auch die westliche Welt in vielfältige Krisen.

Alle Vorstellungen, ob denn nun China an die Stelle der USA als Supermacht treten werde, gehen – dies viertens – am Kern der Sache vorbei. Die Haupttendenz der internationalen Entwicklungen läuft auf eine multipolare Welt hinaus, jedoch nicht eine multilaterale Welt des Friedens und der Gleichberechtigung im Sinne der UNO-Charta, sondern auf ein „Konzert der Mächte“, wie es das Europa der konkurrierenden Mächte von 1815 bis 1914 charakterisierte.

II.

Die „deutsche Frage“ war schon am Beginn des 20. Jahrhunderts das deutsche Dilemma, ähnlich dem des alten Reiches bis zum Westfälischen Frieden von 1648: Deutschland größer und an Ressourcen reicher als jeder andere europäische Staat

(abgesehen von Russland), aber schwächer als die anderen europäischen Staaten zusammen; vermeintlich zu groß, um sich einfach einzureihen in das wirtschafts- und machtpolitische Tagesgeschäft; nicht groß genug, die anderen Staaten und Nationen in der Tat dominieren zu können. In diesem Sinne war die „deutsche Frage“ für die Deutschen immer die Frage nach ihrer Einheit – und war mit der staatlichen Vereinigung von 1990 erledigt –, für die anderen Staaten und Völker Europas aber die Frage nach dem Schutz vor Deutschland bzw. vor seiner Dominanz.

Eine dritte Dimension der deutschen Frage betonte nach dem zweiten Weltkrieg der Wirtschaftswissenschaftler Wilhelm Röpke. Seine Grundannahme war, eine europäische Friedensordnung muss die Lösung der deutschen Frage einschließen. „Es ist die deutsche Frage, die bereits Generationen beschäftigt hat und nun durch den Nationalsozialismus und seinen Zusammenbruch in ihrer letzten und schärfsten Form aufgeworfen worden ist“ (Röpke, 1948, S. 7). Nach der Zerschlagung der Naziherrschaft gelte: „Die Zukunft Europas hängt davon ab, dass es endlich nach diesem Kriege gelingt, [...] Deutschland wieder in Europa einzugliedern und so auf diesem organischen Wege der friedlichen Integration Europa gegen Deutschland wie Deutschland gegen sich selbst zu schützen. Wir wissen, dass Europa mit einem kranken Deutschland in seiner Mitte dem endgültigen Ruin ausgeliefert ist, und niemand kann sich darüber täuschen, dass Europa Deutschland nicht entbehren kann, wenn es sich heute in der Welt behaupten soll“ (S. 15).

Röpke hielt nach 1945 drei „Revolutionen“ für notwendig: eine moralische, eine politische und eine wirtschaftlich-soziale. Der Kern der politischen Revolution sollte die Auflösung des Bismarckreiches und die Schaffung einer Konföderation autonomer Länder auf der Grundlage einer gemeindlichen und regionalen Selbstverwaltung sein (S. 255). Die Wirtschaft sollte als soziale Marktwirtschaft auf neuer Grundlage entwickelt werden. Dieses Röpke'sche Programm ist mit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland, ihrem föderativen Aufbau und dem Grundgesetz realisiert und mit der deutschen Vereinigung 1990 auf ganz Deutschland erstreckt worden.² Deutschland ist heute, wie der britische Historiker Brendan Simms betonte, im Unterschied zu allen Phasen im 19. und bis Mitte des 20. Jahrhunderts „nur von demokratischen Verbündeten umgeben, die dem Land wohlgesinnt sind“ (*Ein Schock von außen*, 2013, S. 98). Dieser Zustand ist mit der Europäischen Union institutionalisiert. So existiert die deutsche Frage, auch wie Röpke sie stellte, nicht mehr.

Aber damit ist sie in dem ursprünglichen Sinne, wie sie sich für die anderen Europäer stellt, dennoch nicht gelöst. Mit anderen Worten: auch unter der Voraussetzung parlamentarisch-demokratischer Verfassungsordnungen, des Schutzes der Grundrechte und des bürgerlichen Rechtsstaates in Deutschland wie in den europäischen Nachbarstaaten steht die deutsche Frage wieder neu als Frage nach einer deutschen Dominanz oder Hegemonie in Europa. Sie ist nun vor allem von der ökonomischen und politischen Verfasstheit der EU abhängig. In diesem Sinne ist sie wieder da, sowohl in Gestalt der deutschen Hegemonie innerhalb der Europäischen Union als auch seiner Rolle in Gesamt Europa – hier verbunden mit neuen Spannungen im Verhältnis zu Russland.

² Zu den Unterschieden zwischen der BRD (sowie der DDR) bzw. dem vereinigten Deutschland und dem vorherigen Deutschland siehe: Erhard Crome, *DDR-Perzeptionen. Kontext und Zugangsmuster*, „Berliner Debatte Initial“, Heft 2–3/1998, S. 47–49.

III.

Als die Ukraine-Krise herbeigeführt war, gingen US-Präsident Barack Obama und Bundeskanzlerin Angela Merkel davon aus, Russland sei nach dem Zerfall der Sowjetunion nur noch „Regionalmacht“. Die Politik zur Schwächung Russlands war zielstrebig betrieben worden. Jeffrey Sachs, der 1989 in Polen und 1990/91 in der Sowjetunion Wirtschaftsberater der jeweiligen Regierung war, berichtete 2014 in einem Beitrag für die BBC, dass im September 1989 Polen Zahlungsunfähigkeit drohte. Daraufhin wandte er sich direkt an die US-Regierung, um eine Milliarde US-Dollar zur Stabilisierung der polnischen Währung zu erhalten – und bekam sie prompt nach acht Stunden. Das Weiße Haus von einer drastischen Schuldenstreichung für Polen zu überzeugen dauerte länger, gelang jedoch ebenfalls. Als die Sowjetunion 1990/91 vor einer analogen finanziellen Katastrophe stand, bewegte sich in Washington nichts. „Wo Polen schnelle und großzügige finanzielle Hilfe erhielt, gab es für Russland nur Kontrolleure des IWF, aber kein Geld.“ Sachs, der sich bereits früher mit der fundamentalen Kritik des britischen Ökonomen John Maynard Keynes an den wirtschaftlichen Bestimmungen des Versailler Friedensvertrages 1919 gegen Deutschland befasst hatte, die mit dazu beitrugen, dass in Deutschland die Demokraten keine Chance hatten und schließlich Hitler an die Macht kam, resümierte jetzt: „Warum hatten die USA, die sich gegenüber Polen so klug und vorausschauend verhalten hatten, im Falle Russlands so grausam und voller Missachtung gehandelt? [...] Der Westen hatte Polen finanziell und diplomatisch geholfen, weil Polen zur Ostgrenze der expandierenden NATO werden sollte. Polen gehörte zum Westen und verdiente daher Hilfe. Im Gegensatz dazu betrachteten die USA-Führer Russland in ähnlicher Weise wie Lloyd George und Clemenceau Deutschland in Versailles – als besiegten Feind, der zerstört werden sollte“ (*Viewpoint: Why the shadow of WWI*, 2014; *Die Nachdenkseiten*, 2014).

Geostrategisch wurde angesichts des Zerfalls der Sowjetunion eine unabhängige Ukraine als Kernpunkt geopolitischer Neuordnung angesehen. Zbigniew Brzeziński, der einer der Vordenker US-amerikanischer Globalstrategie war, betonte, eine unabhängige Ukraine sei „geopolitischer Dreh- und Angelpunkt“ dafür, dass Russland in einer geschwächten Position verbleibt. Das müsse fester Bestandteil einer umfassenden Strategie der USA und des Westens in Eurasien sein (Brzeziński 1997, S. 74, 216).

Die USA und die EU – mit Deutschland als hegemonialem Zentrum (Crome 2013, p. 165–205) – sind auf der einen Seite Konkurrenten, auf der anderen miteinander „verbündet“, wo sie sich gehalten sehen, Interessen gemeinsam oder zumindest parallel zu verfolgen. So sind die Osterweiterung der NATO und die der EU nicht „zwei Seiten der selben Medaille“, sondern unterschiedliche, voneinander zu unterscheidende Vorgänge. Wenn westliche Politiker und Journalisten behaupten, der Westen würde lediglich „seine Werte“ ausdehnen, während der russische Präsident Wladimir Putin in einer Manier des 19. Jahrhunderts seinen Einfluss territorial ausdehnen wolle, so ist dies außenpolitische Propaganda. Selbstverständlich stellen die NATO und die Europäische Union Raumordnungen dar. Erstere wird von den USA, die zweite von Deutschland dominiert. Beide wurden nach Osten, schließlich bis an die Grenze Russlands ausgedehnt.

Mit dem Kiewer Maidan wurde 2013/14 in der Ukraine ein Regimewechsel durchgesetzt, um das Land aus dem Einflussfeld Russlands zu lösen und in das des Westens

einzuordnen. Die Obama-Regierung sowie die Regierungen Deutschlands, Frankreichs und Polens spielten eine aktive Rolle dabei. Die NATO stellte den harten militärischen Unterbau zur Verfügung, am Ende wurde die Ukraine in die Peripherie der EU, das heißt Deutschlands, eingeordnet. Russland hat im Gegenzug die Krim in die Russische Föderation eingegliedert, was vom Westen mit Protesten quittiert wurde. Russland hatte lediglich die Wahl, dem Treiben tatenlos zuzuschauen, oder so zumindest eine starke geopolitische Position im Schwarzen Meer und damit in Richtung Mittelmeer zu bewahren, auch um den Preis einer partiellen Verschlechterung der Beziehungen zum Westen.

Trump war zur Wahl mit drei zentralen Punkten angetreten: (1) in Sachen Rüstungswettlauf „an der Spitze des Rudels“ zu bleiben – hier sind Russland und China die Gegner in der jetzigen Dreier-Runde des *nuklearen Patts*; (2) die USA aus dem Regime-Change-Geschäft herauszuziehen, weil es einen Haufen Geld gekostet, aber nichts gebracht hat; (3) die USA im Bereich der Realwirtschaft wieder nach vorn zu bringen und insbesondere jene Länder zu bekämpfen, die große Überschüsse im Handel mit den USA erwirtschaften. Das sind Deutschland und China. Insofern war Trumps Mitteilung im Sommer 2018, die USA hätten drei Feinde, logisch und im Sinne von „America First“ zutreffend: China, Russland und Deutschland.

Das Erstaunen darüber unter maßgeblichen Kreisen in Deutschland war erstaunlich. In der Logik des Kalten Krieges lag, dass die USA die herrschenden Eliten der Bundesrepublik politisch, kulturell und mental „nordatlantisch“ an sich gebunden haben. Nur war es aus Sicht der USA immer ein geopolitisches Kalkül, während sich die zunächst westdeutsche, dann deutsche herrschende Klasse bemühte, sich nach zwei verlorenen Weltkriegen wohlig in der Juniorpartnerschaft mit den USA einzurichten. Das heißt die Gründe für die enge USA-Bindung aus deutscher Sicht bestehen fort, aus amerikanischer nicht. Das macht die USA stärker, nicht nur in einem realpolitischen und militärischen Sinne.

Hinzu kommt eine grundsätzliche deutsche Fehleinschätzung: aus der Tatsache, dass es Russland bisher nicht geschafft hat, nach 1990 eine durchgreifende wirtschaftliche Modernisierung des Landes zu erreichen, folgt nicht, dass es politisch irrelevant wäre – was Kanzlerin Merkel und US-Präsident Obama vermeinten, als sie die Ukraine-Operation und die anschließenden Anti-Russland-Sanktionen in Gang setzten. Russland ist weiterhin die nuklear-strategisch zweite Macht in der Welt. Schon das alte Russland vor 1914 war militärisch immer stärker, als seine Wirtschaftsdaten nahelegten. In diesem Sinne lag Trump richtig, mit Russland auf Augenhöhe zu reden, während deutsche Kritiken daran wieder einmal Ausdruck grandioser Fehlperzeption und Selbstüberhebung sind.

Deutschland folgt in Sachen Sanktionen nicht nur den USA, sondern drückt immer wieder in Richtung Verschärfung. Es beteiligt sich an den NATO-Militäroperationen nahe der russischen Grenze und will immer mehr „militärische Verantwortung“ gegenüber Osten übernehmen. Im Haushaltsjahr 2019 sollen im Verteidigungsministerium 42,9 Milliarden Euro ausgegeben werden. Das ist eine Steigerung gegenüber 2018 um 11,4 Prozent. Verteidigungsministerin von der Leyen will zwölf Milliarden Euro mehr bis 2021. Wenn die deutsche Regierung die den USA gegenüber eingegangene Zusage einlöste, das Rüstungsbudget auf zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes anzuheben, bedeutete dies eine Steigerung auf etwa 80 Milliarden Euro. Praktisch also eine Verdopplung der deutschen Rüstungsausgaben. Aus der Geschichte wissen

wir, dass Aufrüstungsphasen stets in Kriege mündeten, nicht in eine kriegslose Verschrottung der Waffen. Deutschland eskaliert derzeit im Verhältnis zu Russland, statt vernünftigerweise zu deeskalieren.

IV.

Angesichts der aktuellen Entwicklungen ist das Thema: „Gemeinsame kollektive Sicherheit“ (Crome, Kleinwächter, 2012) wieder auf die Tagesordnung Europas gerückt. Es geht hier um eine gesamteuropäische Sicherheitsstruktur unter Einschluss Russlands. Während ein „Verteidigungsbündnis“ wie die NATO den „Feind“ außer sich ausmacht, sich also gegen ihn zusammenschließt, bezieht ein „System kollektiver Sicherheit“ den tatsächlichen oder imaginierten Gegner mit ein, um zu einer gemeinsamen Lösung der Friedens- und Sicherheitsfrage zu kommen.

Auf der Suche nach Wegen und Mechanismen für eine dauerhafte Sicherung des Friedens im 21. Jahrhundert kann vieles helfen, was vor allem in der Endphase des Ost-West-Konfliktes zur Kriegsverhinderung gedacht, ausgearbeitet und verwirklicht wurde. Dazu gehören neben der Leitidee der Gemeinsamen Sicherheit – die eigene Seite ist nur sicher, wenn es der tatsächliche, potentielle oder antizipierte Gegner ebenfalls ist – und dem Konzept der Schaffung eines Systems kollektiver Sicherheit in Europa (das letztlich in der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit [KSZE] und schließlich der OSZE eine spezifische Ausformung fand) folgende Ansätze:

- Neues Denken (Crome, Kleinwächter, 2014);
- Krieg und Frieden im Nuklearzeitalter;
- friedliche Koexistenz und positiver Frieden;
- Nicht-Gewinnbarkeit eines mit Atomwaffen geführten Krieges;
- Rüstungsbegrenzung und Abrüstung;
- Schaffung atomwaffenfreier bzw. von Massenvernichtungswaffen freier Zonen;
- entmilitarisierte Sicherheit und erweiterter Sicherheitsbegriff;
- Strukturelle Angriffsunfähigkeit;
- Strategische Suffizienz bzw. vernünftige Hinlänglichkeit der Verteidigung.

Bei der Entwicklung realisierbarer außenpolitischer Alternativen kommt es vor allem auch darauf an, die Idee gemeinsamer kollektiver Sicherheit mit der Schaffung atomwaffenfreier Zonen bzw. von Massenvernichtungswaffen freien Zonen und der Herstellung struktureller Angriffsunfähigkeit zu verbinden. Es geht um Voraussetzungen für eine tatsächlich kollektive, gemeinsame Sicherheit in Europa sowie für eine alternative, auf die Sicherung des Friedens zielende Außenpolitik Deutschlands in Europa.

Die derzeitige Verschlechterung der Beziehungen des Westens – der USA, der NATO, der EU und Deutschlands – zu Russland ist deutlich sichtbar. Die hat eine politische, eine wirtschaftliche, aber auch eine militärische Dimension. Damit steigt zugleich die Gefahr militärischer Auseinandersetzungen, mit der Stationierung neuer Raketenysteme nach Aufkündigung des INF-Vertrages auch die Gefahr eines Atomkrieges. Die politische Rhetorik im Westen, auch in Deutschland folgt Denkmustern von Kriegsführungsstrategien. Notwendig wäre dagegen der Übergang zu einem Kriegsverhinderungsdenken.

Dabei kann ein Rückgriff auf die Entspannungspolitik der 1970er Jahre helfen. Wenn die Sanktionen politisch nichts bringen, müssen sie beendet werden. Wenn es darum geht, Vereinbarungen zur Sicherung des Friedens zu treffen, müssen die derzeit nicht lösbaren Fragen ausgeklammert werden, um in den lösbaren voranzukommen. Alternative zu der derzeitigen außen- und sicherheitspolitischen Sackgasse ist eine neue Politik der Entspannung. Das Ziel kann nicht darin bestehen, „westliche Werte“ oder was dazu erklärt wird, auf Russland und andere Länder zu übertragen, sondern eine konstruktive Politik der friedlichen Koexistenz zu betreiben, das heißt keine Einmischung in die inneren Angelegenheiten, keine Druck- und Drohpolitik von Seiten der NATO und der EU, keine deutsche Geopolitik, dafür Friedenspolitik, wie in der UNO-Charta postuliert. Aber friedliche Koexistenz nicht nur kurzfristig, weil stärkere Machtmittel des Westens derzeit nicht zur Verfügung stehen, sondern für alle Zeiten. Von Bismarck ist das Wort überliefert: „Russland ist nie so stark oder so schwach, wie es scheint.“ Deutschland dagegen wähnte sich meist stärker, als es realiter war, ob als Aspirant auf die Weltmacht in zwei Weltkriegen, als Juniorpartner der USA oder nun als Hegemon der EU.

Literatur

- Ash T. G. (2005), *Müder Titan*, „Süddeutsche Zeitung“, München, 30.08.
- Brzeziński Z. (1997), *Die einzige Weltmacht: Amerikas Strategie der Vorherrschaft*, Frankfurt a.M., S. Fischer Verlag.
- Crome E. (1998), *DDR-Perzeptionen. Kontext und Zugangsmuster*, „Berliner Debatte Initial“, Heft 2–3.
- Crome E. (2013), *Deutschland in Europa. Eine neue Hegemonie*, in: *Hegemonie und Multipolarität. Weltordnungen im 21. Jahrhundert*, Hrsg. E. Crome, R. Krämer, Verlag WeltTrends, Potsdam.
- Crome E., Kleinwächter L. (Hrsg.), (2012), *Gemeinsame Europäische Sicherheit. Konzepte für das 21. Jahrhundert*, Verlag WeltTrends, Potsdam.
- Crome E., Kleinwächter L. (Hrsg.), (2014), *Neues Denken in der DDR. Konzepte zur Sicherheit in Europa in den 1980er Jahren*, Verlag WeltTrends, Potsdam.
- Die Nachdenkseiten haben eine Übersetzung ins Deutsche ins Netz gestellt: 1989ff.: Den Polen hat der Westen geholfen, Russland sollte zerstört werden* (2014), <https://www.nachdenkseiten.de/?p=45125&pdf=45125>.
- Ein Schock von außen. Interview mit dem britischen Historiker Brendan Simms* (2013), „Der Spiegel“, Heft 15.
- SIPRI Yearbook 2018. Armaments, Disarmament and International Security. Summary*, https://www.sipri.org/sites/default/files/2018-06/yb_18_summary_en_0.pdf.
- Viewpoint: Why the shadow of WWI and 1989 hangs over world events* (2014), <https://www.bbc.com/news/magazine-30483873> (Manuskriptabschluss: 10. Februar 2019).

Zusammenfassung

Eine der großen Illusionen am Ende der Blockkonfrontation war, dass nun dauerhaft Frieden, Sicherheit und Stabilität in Europa herrschen würden. Tatsächlich haben sich neue Spannungsfelder herausgebildet. Die NATO wurde praktisch bis an die russische Grenze ausgedehnt, obwohl der Sowjetunion 1990 etwas anderes versprochen worden war. Die weltweiten Rüstungsausgaben liegen um ein Viertel höher als am Ende des Kalten Krieges. Deutschland ist

wieder zentrale Macht des Europas westlich von Russland und die Wiederkehr der „deutschen Frage“ wurde neuerlich zum Problem. Der Putsch in Kiew und die Eingliederung der Krim in Russland 2014 sowie die nachfolgenden gegenseitigen Sanktionen zwischen der EU und Russland haben die Spannungen weiter verschärft. Es gilt jedoch, sich von allen Kriegsführungsszenarien zu verabschieden, strikt einem Konzept der Kriegsverhinderung zu folgen und politische Lösungen zu schaffen. Das kann nur auf der Basis friedlicher Koexistenz und mit einer neuen Entspannungspolitik erreicht werden.

Schlüsselworte: europäische Sicherheitspolitik, Entspannung, Kriegsverhinderung

For the new policy of relaxation

Summary

One of the great illusions at the end of the bloc confrontation was that lasting peace, security and stability would prevail in Europe. In fact, new areas of tension have emerged. NATO was practically extended to the Russian border, although the Soviet Union had been promised otherwise in 1990. World military spending is a quarter higher than at the end of the Cold War. Germany is once again the central power of Europe west of Russia, and the return of the “German question” has become a problem again. The coup in Kiev and the integration of the Crimea into Russia in 2014 and the subsequent reciprocal sanctions between the EU and Russia have further aggravated tensions. However, it is important to say goodbye to all warfare scenarios, strictly follow a concept of war prevention and provide political solutions that can only be achieved on the basis of peaceful coexistence and a new policy of détente.

Key words: European security policy, détente, prevention of war

Za nową politykę odprężenia

Streszczenie

Jednym z wielkich złudzeń końca konfrontacji międzyblokowej było przekonanie, że w Europie zwycięży na trwałe pokój, bezpieczeństwo i stabilność. W rzeczywistości pojawiły się nowe obszary napięcia. NATO praktycznie rozciągnęło swoje wpływy na granicę rosyjską, chociaż w 1990 r. obiecywano ZSRR, że tak się nie stanie. Światowe wydatki wojskowe są o jedną czwartą wyższe niż pod koniec zimnej wojny. Niemcy po raz kolejny stały się główną siłą Europy na zachód od Rosji, a powrót „kwestii niemieckiej” stał się ponownie problemem. Zamach stanu w Kijowie i integracja Krymu z Rosją w 2014 r. oraz późniejsze wzajemne sankcje między UE a Rosją dodatkowo pogorszyły stan napięcia. Ważne jest jednak, aby oddalić wszystkie scenariusze działań wojennych, ściśle przestrzegać koncepcji zapobiegania wojnie i zapewnić rozwiązania polityczne, które można osiągnąć jedynie w oparciu o pokojowe współistnienie i nową politykę odprężenia.

Słowa kluczowe: europejska polityka bezpieczeństwa, odprężenie, zapobieganie wojnie